

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Postgebühren monatlich 5.- M., bei Zustellung unter Schriftband 6.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung.

Insoweit stehen die achtgepalten Nonpareilzettel oder deren Raum 1,20 M., Wortzettelgen das fertige Druckwort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungsgebühr 70 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Injuncta für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 16. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Russisch-estnische Verhandlungen.

Russische Friedensunterhändler in Reval.

Amsterdam, 8. September.
„Times“ meldet aus Helsingfors, daß bolschewistische Unterhändler mit Friedensanträgen für Estland in Reval eingetroffen sind. Die Anträge umfassen die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands, Unverletzlichkeit seiner Landesgrenzen und die Heimförderung der estländischen Bevölkerung. Die Bolschewisten stellen nur die eine Forderung, daß Estland von den Einwirkungen der Bolschewisten nicht als Basis gebraucht werden darf. Das estländische Kabinett hat beschlossen, Unterhandlungen anzuknüpfen. Die russischen Behörden drängen darauf, daß die Unterhandlungen nicht auf estländischem Gebiet stattfinden, um damit eine Propaganda der bolschewistischen Abgesandten vorzubeugen.

Die britischen Pläne in Nordrußland.

H. N. Haag, 8. September.
Aus London wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der russischen Politik der britischen Regierung unternimmt der „Daily Express“ einen neuen Angriff auf Churchill. Das Blatt behauptet ein Interview, das der britische General Ironside dem Vertreter einer russischen Zeitung gab und in dem er einen großzügigen Angriffsplan entwickelte. Das Interview wurde in der britischen Soldatenzeitung in Archangelsk abgedruckt, doch wurden sämtliche Exemplare dieser Nummer sofort nach Erscheinen von der Militärverwaltung beschlagnahmt und vernichtet. Dem „Daily Express“ war es dennoch gelungen, ein Exemplar dieser Soldatenzeitung in die Hände zu bekommen. Der Plan des Generals bestand in großen Zügen darin, das russische Gebiet aus Sibirien nach Archangelsk zu überführen, wo die britischen Truppen als Reserve bleiben sollten. Durch diese Maßnahme sollte es möglich gemacht werden, Wolgograd und Peking zu erobern und nach dem Zentrum und dem Süden vorzuziehen.

Der bulgarische Friedensvertrag.

Paris, 7. September.
„Petit Parisien“ bestätigt, daß der bulgarische Friedensvertrag im Prinzip fertiggestellt ist. Das Blatt gibt einige Einzelheiten. Serbien habe eine Grenzberichtigung in Nordosten in der Richtung auf Sofia erhalten; auch das Anliege Strumitsa werde ihm zugesprochen werden. Griechenland erhalte die Strumitsa. Man suche nur noch eine Lösung, um Bulgarien einen Zugang zum Ägäischen Meer zu sichern. Die Frage der bulgarischen Dobrudschaja werde gar nicht berührt, da der Oberste Rat keine feindlichen Macht zusprechen könne. Wenn Rumänien sich auf direktem Wege später mit Bulgarien verständigen wolle, so liege dem nichts im Wege.

Gewerkschaftliche Besprechungen über den Wiederaufbau.

Paris, 8. September.
M. T. D. meldet in der Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau Frankreichs, über die mit der französischen Regierung in den wesentlichen Punkten Einverständnis besteht, haben am 6. September direkte Besprechungen zwischen einem Vertreter der deutschen Gewerkschaften und den Vertretern der Confédération Générale du Travail und des französischen Bauarbeiterverbandes begonnen. Voraussichtlich wird in der nächsten Woche die erste informativ Besichtigung des zerstörten Gebietes stattfinden können.

Der französische Finanzminister über die Wiedergutmachung.

Bei der Fortsetzung der Kammerdebatte über den Friedensvertrag führte der Finanzminister Aloy aus, daß die Alliierten bei der Entscheidung bis an die äußerste Grenze des für Deutschland Erträglichen gehen müßten. Aloy schätzte die Gesamtschuld der Kriegsausgaben auf etwa über tausend Milliarden. Frankreich erhalte die Bezahlung und Wiedergutmachung der Schäden in der Form von Wiederbekämpfung und Sicherung von Arbeitskräften.

Nach wie vor auf die Wichtigkeit der Kaufleute hin, die die Bezahlung der Schäden und der Pensionen vorziehen, was einer Summe von zwanzig Milliarden gleichkomme, die an Frankreich allein zu zahlen sein würde. Deutschland werde insgesamt 875 Milliarden bezahlen und sich seiner Schuld in einem Zeitraum von 36 Jahren entledigen können.

Weiter sprach der Redner über die getroffenen Maßnahmen, um die Bezahlung der Jahresraten durch Deutschland sicherzustellen. „Wir werden“, so erklärte er, gegenüber Deutschland eine tatkräftige Politik führen. Immerhin werden wir ihm behilflich sein, seine Erzeugungsmittel zu entfalten, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Schuld abzutragen.

Nach einer späteren Mitteilung befragte darauf der Generaldirektor des Budgets Marin, daß Frankreich von Deutschland nur in Produkten entschädigt werde. Das veranlaßte den Minister Loucheur zu einer scharfen Entgegnung, indem er sagte, Ware seien auch Geld. Die Diskussion wurde hierauf auf Dienstag vertagt.

Unter diesen Umständen ist es zweifelhaft geworden, ob die Abstimmung über die Ratifizierung schon Ende der Woche erfolgen kann, da zweifelsohne Minister Loucheur die Sitzung am Dienstag dazu verwenden wird, die wirtschaftlichen Friedenskaufleute zu erläutern.

Die Gefangenenrückkehr.

14 000 Mann eingetroffen.

Berlin, 8. September.

In der ersten Septemberwoche kamen auf dem Bahnhof Deutsch-Seebrunn englische Sonderzüge mit rund 7000 und zwei französische Lazarettzüge mit rund 1000 deutschen Kriegsgefangenen an, für vier auf Englands mit Dampfer über Rotterdam 4000, über Koblenz—Mainz je 1000 Mann aus französischer Gefangenschaft, zusammen also 14 000 Gefangene.

Der baltische Knoten.

Zum Notenwechsel der Reichsregierung mit der lettlandischen Vertretung in Sachen der Vorfälle in Riga erfahren wir noch folgendes:

Die Note des Reichsministers Müller, die in den Sonnabend-Blättern veröffentlicht wurde, wurde u. a. von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als deutsche Protestnote aufgeführt und in der Überschrift als solche bezeichnet. Tatsächlich stellte diese Note die Antwort des Reichsministers auf einen Protest der lettlandischen Mission dar, der am 28. August erfolgte und folgenden Inhalt hatte: Die lettlandische Mission übermittelte ein Telegramm des lettischen Ministers des Auswärtigen, Meyerowitsch, der die bekannten Ausschreitungen in Riga mitteilte. Indem die lettlandische Mission diese Vorgänge der deutschen Reichsregierung zur Kenntnis brachte, erklärte der Chef der lettlandischen Mission, W. Schreiner, folgendes:

„Von der lettlandischen Regierung bin ich beauftragt, bei der deutschen Reichsregierung Protest zu erheben gegen diese unerhörten Gewalttaten ihrer Truppen und bitte um Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen die Reichsregierung getroffen hat und zu treffen gedenkt, um diesem nicht länger zu erduldenen Zustand ein sofortiges Ende zu bereiten.“

Nach diesem lettlandischen Protest erfolgte alsdann die Mitteilung des Reichsministeriums des Auswärtigen, die am vergangenen Sonnabend durch die Presse bekannt wurde.

Gute Zeiten für Mörder!

Der Mörder Marloh verhaftet und wieder verschwunden.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Mörder der 22 Matrosen in der Französischen Straße, Oberleutnant Marloh, am Freitagabend in das Garnisonlazarett I in der Scharenborststraße, eingeliefert worden. Sein Aufenthalt dort hat aber nur kurze Zeit gedauert, denn bereits am Sonnabend ist er von einem Auto wieder abgeholt worden. Sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt.

Parlamentarismus und Antiparlamentarismus.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie, die heute in Berlin zusammentritt, ist eine Zusammenkunft von Vertrauensleuten der Partei, die lediglich der Beratung der wichtigsten politischen Fragen sich zu widmen, aber keine Beschlüsse zu fassen hat. Ein Parteitag kann die allgemeine Parteidiskussion darüber beenden, indem er richtunggebende Entscheidungen trifft, die von den Parteigenossen im Lande zu beachten sind. Eine Reichskonferenz dagegen kann nur die Diskussion beleben und zur weiteren Orientierung der Parteigenossen im Lande beitragen. Unerklärlich erscheint es uns, wenn Genosse Kurt Geyer in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ — der wohl nur deshalb entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Blattes mit dem Namen des Verfassers gezeichnet worden ist, weil er mit seinen Auffassungen in der Redaktion allein steht — die heute beginnende Reichskonferenz als „ziemlich zwecklos, ja schädlich für die Klärung innerhalb der Partei“ bezeichnet. Die Masse der Parteigenossen muß selbstverständlich die letzte Entscheidung fällen. Und weder die Reichskonferenz noch irgendeine andere Instanz in unserer Partei hat auch nur im entferntesten das Bestreben, den Massen diese Entscheidung aus der Hand zu nehmen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie konnte bei ihrem Entstehen schon deshalb nicht die Geschlossenheit und Einheitlichkeit zeigen, weil sie in der Kriegszeit aus der Opposition gegen die Kriegspolitik der Rechtssozialisten entstanden ist. Es waren verschiedene Auffassungen, die sich in den Reihen der Opposition sammelten und bei der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie ein schwebendes Dasein bei unserer Partei suchten. Während des Krieges war eine gründliche Auseinandersetzung über die grundsätzlichen und praktischen Fragen nicht möglich, sie konnte erst dann beginnen, als eine freie Meinungsäußerung wieder möglich war. Auch die hinter uns liegenden Monate der Revolution liehen uns nur wenig Zeit, diese Auseinandersetzung fortzusetzen und zu beenden. Deshalb erscheint es dem oberflächlichen Beurteiler, als ob sich gerade jetzt, wo es an aufregenden äußerlichen Begebenheiten fehlt, sich in unserer Partei besonders scharfe und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten.

Von den Problemen, die die Partei bewegen, muß die Frage über unsere künftige Teilnahme am Parlamentarismus zuerst diskutiert werden, weil sie uns höchstwahrscheinlich auch zuerst praktisch beschäftigen wird. Geht und mit ihm Däumling spizen diese Frage auf die Alternative zu: Rätesystem oder Parlamentarismus? Sie verlangen, daß die Partei die parlamentarischen Möglichkeiten höchstens dazu benütze, um die Massen durch Fanfarenstöße zu sammeln und anzuspornen. An der parlamentarischen Kleinarbeit sollen wir uns nicht beteiligen. Geht wünscht, daß an Stelle der „verwirrenden Forderung“ nach der Verankerung des Rätesystems und der entscheidenden Mitwirkung die klare Forderung gestellt werde: „Schaffung einer auf dem reinen Rätesystem sich aufbauenden Verfassung der deutschen Einheitsrepublik, Schaffung einer wirtschaftlichen, auf dem Betriebsratsystem aufgebauten Verfassung, die der höheren Organisation der Betriebsräte die Beherrschung und Leitung der Produktion überträgt.“ Er meint weiter:

„Entsprechend der Verfassung müßte der parlamentarische Kampf der Partei sich gestalten, er darf nicht mehr zersplittern in dem Versuch, große grundlegende Gesetze, die sich grundsätzlich gegen das Proletariat wenden — wie die Verfassung —, zu verbessern suchen durch zahllose Einzelanträge, sondern er muß die großen Linien, indem er dem Programm des Bürgertums das Programm des revolutionären Proletariats gegenüberstellt. Alles, was durch Verbesserungsbemühungen erreicht wird, bedeutet ein Kompromiß mit dem Todfeind des Proletariats. In einer revolutionären oder parteirevolutionären Situation ist keine Zeit für Kompromisse, die nur Sinn haben, wenn sie für lange Zeiträume Gültigkeit besitzen würden.“

Es wird deshalb die Aufgabe des kommenden Parteitages sein, Klarheit zu schaffen über die Anwendung des Parlamentarismus. Die Stellung zu dieser Frage ist eine grundsätzliche, wenn sie unter dem Gesichtspunkt erfolgt, daß der Parlamentarismus

was zum Sozialismus führen werde. Eine solche Anschauung ist mit dem revolutionären Wesen einer Partei unvereinbar.

Es ist nicht ganz leicht, Klarheit in diese Ausführungen hineinzubringen. Es ist auch unangenehm, daß man die Klärung in der Partei mit solcher klärenden Vorarbeit belasten muß. Geht man also, daß Vertreter der Revolutionärpartei in einem Zeitpunkt, in dem offen revolutionäre Kämpfe geführt werden, in den bürgerlichen Parlamenten nichts zu suchen haben, zudem man sie dann auch beim offenen Kampfausbruch sofort unschädlich machen würde. Das soll wohl so viel heißen, daß die Wortführer der Partei, wenn es brenzlich zu werden beginnt, sich ins Mansfeld verziehen sollen und sich so lange fern vom Saß zu halten haben, bis der „offene Kampfausbruch“ vorüber ist. Das mag für den einzelnen, der seine Person für so wichtig hält, daß er sie nicht unschädlich machen lassen will, sehr bequem sein. Von revolutionärer Gesinnung und Kampfbereitschaft zeugt sie gerade nicht.

Die gleiche Abstinenz fordert Geiger auch in den Parlamenten. Nur bei den „großen grundlegenden Gesetzen“ wäre dem Programm des Bürgerturns das Programm des revolutionären Proletariats entgegenzustellen. Oder vielmehr eine Mehrzahl von Programmen. Denn das revolutionäre Proletariat nicht vollständig hinter der Unabhängigen Sozialdemokratie steht, sondern sich zum kleineren Teil auch den Kommunisten und Syndikalisten angeschlossen hat, so wären mindestens immer drei Programme aufzuzeigen. Das hätte deshalb nicht viel zu bedeuten, weil diese Arbeit nicht oft zu leisten wäre. Das Programm des Bürgerturns ist in der Verfassung enthalten, und da man noch nicht weiß, wann die nächste Verfassung des Bürgerturns beraten werden soll, so hätten die Vertreter der Arbeiterpartei in der Zwischenzeit die Programme zu veröffentlichen und die „revolutionäre“ und „vorrevolutionäre“ Zeit dazu zu verbringen.

Es könnte, um nur an wenigen Beispielen diesen Widerstand anzudeuten, im Parlament vorkommen, daß es nur von den Stimmen unserer Vertreter abhängt, ob die politischen Gefangenen freigelassen und die Schenkung aufgehoben werden soll; es könnte dahin kommen, daß die Abschaffung der Todesstrafe nur daran scheiterte, daß unsere Vertreter bei einer etwaigen Abstimmung darüber fehlten. Man könnte sich auch vorstellen, daß eine Streichung des Artikels 48 der Verfassung, der dem Reichspräsidenten die Vollmacht gibt, die neue Form des Belagerungszustandes einzuführen und bei jedem beliebigen Anlaß alle Freiheiten aufzuheben, möglich gewesen und nur daran gescheitert wäre, daß unsere Vertreter keinen „Kompromiß“ mit den bürgerlichen Parteien durch Stellung eines Verbesserungsantrages schließen wollten. Es ist dazu freilich nicht gekommen, denn die Rechtssozialisten haben schließlich der Verfassung mit allen ihren reaktionären Bestimmungen zugestimmt. Aber diese und zahllose andere Möglichkeiten können eintreten; die Massen der Arbeiter würden es nicht im mindesten verstehen, wenn durch das Fernbleiben ihrer Vertreter vom Parlament die Beseitigung reaktionärer Bestimmungen und das Zustandekommen von Verbesserungen verhindert werden würde.

Es ist wohl niemand in unseren Reihen, der den Glauben teilt, daß wir lediglich durch den Parlamentarismus zum Sozialismus kommen könnten. Wohl aber haben wir aus der jahreslangen Geschichte der Sozialdemokratie gelernt, daß in Zeiten, die weder „revolutionär“ noch „vorrevolutionär“ sind, die Beteiligung an den Wahlen eine ausgezeichnete Möglichkeit darstellt, auch in solche Volkskreise zu dringen, an die wir sonst nicht herankommen können. Wenn wir uns selbst in Wahlzeiten darauf beschränken wollten, das Rätesystem abseits vom allgemeinen Wahlkampf zu propagieren, so würden uns die Massen der Arbeiter einfach davonlaufen und nicht nur die Versammlungen der Gegner läßen, sondern, trotz unserer Parole auf Wahlenthaltung, auch unsere Gegner wählen.

Handelt es sich denn bei uns überhaupt um den Parlamentarismus im bürgerlichen Sinne? Nein, er ist für uns nur ein Mittel zu dem Zweck, den Sozialismus zu verwirklichen. Ein Mittel neben den anderen Mitteln, die dem Proletariat zu diesem Zweck zur Verfügung stehen. Zu diesen anderen Mitteln gehört auch die Propaganda für den reinen Rätedanken. Leider sind manche von den Genossen, die bisher ausschließlich in der praktischen Rätebewegung gekannt haben, zu der falschen Auffassung gekommen, als ob wir anderen, die wir neben den Räten alle Möglichkeiten ausnützen wollen, um den Sozialismus zu verwirklichen, Gegner des Rätedenkens seien. Das ist durchaus nicht der Fall; jedoch muß es uns schon gestattet sein auszusprechen, daß der Glauben an den „reinen“ Rätedanken, der unter Verneinung aller anderen Mittel allein den Sozialismus verwirklichen soll, ein wenig an die Dogmen der katholischen Kirche erinnert, deren Anerkennung ganz allein die Seligkeit verbürgen soll.

Es kann also nicht heißen Parlamentarismus oder Rätesystem, sondern man muß, wenn man schon eine Formel durchaus schaffen will, sagen: Beteiligung an den Wahlen zu den Parlamenten, Ausnützung der parlamentarischen Tätigkeit für den revolutionären Kampf und für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, zu gleicher Zeit aber auch Aufbau und Ausbau des Rätewesens, Säulung der Arbeiter durch das Rätesystem für den wirtschaftlichen und sozialistischen Aufbau.

Selbst bei den Kommunisten kommt man zu der Auffassung, daß die Beteiligung der Arbeiter an den Parlamenten in der gegenwärtigen Situation eine Notwendigkeit für den Klassenkampf des Proletariats ist. Mitte August hat die Kommunistische Partei eine Reichskonferenz abgehalten, auf der man sich ebenfalls über dieses Thema unterhalten hat. Der Bericht der „Kommunistischen Rätekorrespondenz“ über diese Tagung sagt, daß die Gegner des Parlamentarismus sich mit den „vulgären und nachsichtigen antiparlamentarischen Redensarten“ begnügen haben. Es wird auf eine Resolution der dritten Internationale in Moskau hingewiesen, in der die Anwendung sämtlicher Kampfmittel, auch die Beteiligung an den Parlamenten, zur Verwirklichung der Ziele des Proletariats gefordert wird.

Was die Kommunisten von den Antiparlamentaristen in ihren Reihen sagen, trifft nicht weniger auch auf unsere Antiparlamentaristen zu. Was sie heute gegen den Antiparlamentarismus vorbringen, das hat man oft genug schon in den Debatten der alten Partei gehört, und immer wieder ist die Partei zu dem Entschluß gekommen, den Parla-

mentarismus als einen Teil des Schachfeldes zu betrachten, auf dem das Proletariat den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu führen hat.

Kein Katholikentag.

Die Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Sozialdemokratie wird von der gesamten Berliner Presse ausführlich besprochen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet, daß wir uns allzu stark von den Kommunisten bedrängt fühlen und dadurch zur grundsätzlichen Opposition gekommen seien. Heute stände unsere Partei auf dem Grundjah der Verneinung des Parlamentarismus. Sie wolle ihn ersetzen durch ein diktatorisches Rätesystem und damit durch die Massenherrschaft. Aber die alten Führer der Partei können sich von der bisher gewohnten Kampfform nicht lösen. Ihre Anhänger bildeten heute zweifellos die Minderheit. Der härtere, radikalere Flügel strebe unentwegt nach Gewaltmaßnahmen. Dieses Grundherzerren zwischen fast kommunistischem Radikalismus und einer mehr legalen sozialistischen Kampfform trage eine Unsicherheit in die Unabhängige Sozialdemokratie hinein, die sich immer mehr zu bewußten Gegensätzen innerhalb der Partei verdichtete. Ein Beispiel dieser Gegensätzlichkeiten habe die Generalversammlung geboten. Das Blatt kommt zu folgendem Schluß:

Die unabhängige Sozialdemokratie wird vor die Notwendigkeit gestellt, eine Entscheidung über diese ganzen Fragen, die für ihre Taktik richtunggebend sein muß, zu treffen. Und da erhebt sich der Zweifel, ob bei den Gegensätzen nicht das Herbeiführen einer solchen Entscheidung zu einem Sprengmittel der Partei selbst werden wird. Will die unabhängige Sozialdemokratie sich den Einflüssen der Massen, auf deren Gefolgschaft sie rechnet, sichern, so ist sie genötigt, kommunistischen Forderungen einen gewissen Spielraum in ihrem Programm einzuräumen. Sonst liegt die Gefahr für sie vor, vom Kommunismus an die Wand gedrückt zu werden. Andererseits besteht gerade in dem Nachgeben gegen demagogische Forderungen eine Gefahr für die Partei, da dieses Nachgeben sich nicht vereinigen läßt mit einem großen Teil des bisherigen Programms. Gerade um der rechten Flügels der Unabhängigen stellen heute noch eine gewisse Schutzwehr dar gegen das Einströmen der Partei in weiteren Radikalismus. Ob sie stark genug sind, die Partei auf dem von ihnen gewollten Wege weiterzuführen, ist mehr als zweifelhaft. Schon heute haben sie viel an Ansehen und Einfluß verloren. Und die Partei marschiert trotz aller ihrer Bemühungen auf dem Wege, der sie an die Seite der Kommunisten führt. Jedenfalls ist die Lösung dieser Frage, so schwierig und veräglich sie auch der Partei sein mag, heute zu einer Notwendigkeit für die Partei geworden. Daß man möchte sagen: sogar zu einer Existenzfrage.

Die Bemühungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die einzelnen Genossen gegeneinander auszuspielen, werden keinen Erfolg haben; das Blatt wird schon erleben, daß die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Geschlossenheit bewahren und auch künftig durch ihre entschiedene Politik eine immer stärker werdende Anziehungskraft auf die Volksmassen ausüben wird.

Die „Rossische Zeitung“ gibt einen Auszug aus dem Bericht über die Versammlung und bemerkt folgendes dazu:

Bei der kritischen Stimmung gegenüber dem Parlamentarismus handelt es sich nicht um eine Erscheinung, die auf die Kreise der äußersten Linken beschränkt ist. Das Gefühl, daß der Parteikampf in seiner bisherigen Form sich überlebt hat und daß die Parteiprogramme innerlich ausgeschöpft sind, ist mehr oder weniger Allgemeinut geworden, wenn man sich auch ängstlich hütet, das auszusprechen. Es geht durch das ganze Volk eine immer stärker werdende Sehnsucht nach Schlichtheit, nach einer Ausschaltung des Parteigezänks aus der Erörterung lebenswichtiger Fragen, in die erst künstlich die Gegensätze hineingetragen werden, weil der Dangel an positivem Gehalt ein verstärkter Anreiz für die Parteien ist, die Unterschiede zu übertreiben und die eigene Notwendigkeit durch partielle Behandlung aller Lebens- und Arbeitsgebiete zu erweisen. Dieses Treiben, dessen innere Unwahrheit klar zutage tritt, ist der stärkste Grund für die wachsende politische Gleichgültigkeit. Den Weg der Rettung zeigt der Vorschlag, die Parlamente von den Aufgaben zu entlasten, deren Lösung in erster Linie wirtschaftliche Sachstände verlangt. Wenn die „Kammer der Arbeit“, aufgebaut auf den Produktionsräten, neben das politische Parlament tritt, wird nicht nur sachlich ein unschätzbare Fortschritt erzielt, sondern auch das Ansehen des Parlaments in seinem eigentlichen Aufgabenkreis neu gestärkt und dem Anti-Parlamentarismus der härteste Antrieb genommen.

Die politische Gleichgültigkeit, von der dieses Blatt spricht, mag bei den bürgerlichen Parteien und bei den Rechtssozialisten zu finden sein; die Arbeiterpartei ist politisch so reger wie nur je seit den Novembertagen. Die Auseinandersetzungen über grundsätzliche und praktische Fragen bedeuten nicht, daß das politische Interesse bei den Arbeitern abgenommen hat, sondern es ist ein Zeichen dafür, daß die Massen zu größerer Aktivität drängen.

Am dümmsten sagt wieder der „Vorwärts“ diese Sache an. Das Blatt meint folgendes zu der Vertagung der Versammlung:

Eine Entscheidung wurde jedoch nicht gefällt, bei der völligen Festhaltung der Ansichten reichte man sich wiederhand durch das billige Mittel der Vertagung. Für die gängliche innere Verfahrenheit in der U. S. D. ist dieser Ausgang typisch.

Wir versichern dem „Vorwärts“, daß die Versammlung wirklich nur der vorhergesehenen Zeit wegen vertagt worden ist. Im übrigen möchten wir dem Blatt empfehlen, sich über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu unterrichten. Es wird aus ihr lernen, daß es niemals eine Schwäche der Partei war, wenn sie sich rückwärtslos über die verschiedenen Auffassungen aussprach. Die Rechtssozialisten freilich brauchen sich weder über „Zerklüftung“ noch über „Verfahrenheit“ zu beklagen. Auf ihrem Parteitage in Weimar ging es wie auf einem Katholikentag zu. Erst war eine Opposition bestellt worden, dann traten die Größen der Partei auf, und am Ende löste sich alles in vollendeter Harmonie auf. Freilich in der Harmonie der Grundlosigkeit, in die Einigkeit darüber, daß man über Prinzipien nicht zu diskutieren brauche, weil man keine Prinzipien mehr kennt. Die Unabhängige Sozialdemokratie hält aber keine Katho-

likentage ab, deshalb wird der „Vorwärts“ noch oft die „Verfahrenheit“ und „Zerklüftung“ schwören müssen, nämlich immer dann, wenn die geistigen Kräfte unserer Partei nach Klarheit im Denken und Einigkeit im Handeln drängen. Wir empfehlen dem „Vorwärts“ wiederum dringend niemals seine eigene Meinung zu äußern, sondern immer zu warten, was Herr Geilmann, ein Redaktionsoffiziosus oder ein Epistel schreibt.

Die Einigung nach links.

In einem Aufsatz im „Populaire“ polemisiert Renoult gegen Renaudel. Nachdem er das Bestreben der jetzigen französischen Mehrheit dargelegt hat, die Einheit der Partei zu wahren und während sie noch die Minderheit bildet, und die Partei durch stete Arbeit zu den Grundfragen des Sozialismus zurückzuführen, betont er, daß man trotzdem stets den Anblick an die äußerste Linke gesucht habe. Diese Taktik müsse auch in der Internationale angewandt werden. Renoult sagt deshalb:

„Wie jede nationale Partei hat auch die Internationale ein Recht, ihr Zentrum, ihre Linke und ihre äußerste Linke.“

Die Einheit nach rechts zeigt sich in einer Pointe die die verschiedenen Elemente zu sammeln und dann der Gemäßigten die Vorrangigkeit zu geben sucht, was in der gegenwärtigen Lage bedeutet: die Leitung der Internationale den „Ministern der Könige“ zu sichern.

Die Einheit nach links ist zunächst der Kampf für die Beendigung der besagten Spaltung, die die beiden Internationalen in Gegensatz zueinander bringt, deren Versöhnung, Einheit und Verschmelzung wir wollen.“

In der Internationale bildet die französische Mehrheit zusammen mit den deutschen Unabhängigen, der österreichischen Partei und die Linke. Die äußerste Linke ist die dritte Internationale, die unsere Gegner ausschließen und bekämpfen wollen und zu der wir hinneigen zu dem Zweck, durch einen Prozeß, dessen Stappen wir heute nur bestimmen können, die einheitliche Organisation der sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt wiederherzustellen, d. h. die wirkliche Internationale, weil sie allgemein ist. Man würde die Führung der proletarischen Bewegung der Welt den aktiven Elementen gehören, die die gegenwärtige revolutionäre Situation ausnützen wollen, um überall den Einigungskampf gegen die kapitalistische Gesellschaft zu entfesseln.

Das ist in großen Zügen unsere Anschauung über die Einheit nach links. Wenn einige den Sinn nicht verstehen, trösten wir uns mit der Feststellung, daß der französische Sozialismus in seiner großen Mehrheit diese Anschauung zu der seinigen gemacht hat.

Keine Arbeiterräte in Italien.

Es war seinerzeit mitgeteilt worden, daß bei den letzten Leuerungsunruhen in Italien Arbeiterräte eingesetzt worden seien. Man mußte sofort zweifeln, ob es sich dabei um wirkliche Kampforgane des Proletariats handelt. Daß das nicht der Fall ist, zeigt ein Brief, den Genosse Serati, der Chefredakteur des „Avanti“ an die radikale Gruppe der französischen sozialistischen Partei gerichtet hat. Es heißt darin:

„Liebe Genossen! Ich bitte Euch, geht nichts auf die Mitteilung, die man Euch bezüglich der Bewegung in unserem Lande macht. Vorher sagt Euch, daß während der letzten Unruhen die durch die Leuerung hervorgerufen worden sind, mit der Bildung von Arbeiterräten begonnen wurde. Aber das waren nur Karikaturen von Arbeiterräten, die oft mit Erlaubnis der Behörden gegründet worden waren, um das Spiel des Ministerpräsidenten Ritti zu treiben und die Arbeiter zu machen, daß die Plünderung eines Warenlagers und die Verführung der Waren genügen, um eine Preisentwertung von 50 Prozent zu erzielen! Diese Methode ist in Rußland von den Genossen Lenin und Trotzki energisch bekämpft worden. In Italien waren die Plünderer nicht Genossen, sondern Gegner unserer Bewegung. In Rom hat man sogar Prinzen den Plünderungen Beifall klatschen lassen und von dem Preissturz profitieren an Spizen und Seidenzeug zu Schleuderpreisen zusammenzulegen.“

Dieser Brief zeigt erneut, wie kritisch die Meldungen über die soziale Bewegung im Auslande geprüft werden müssen, auch wenn sie, wie in diesem Fall, von großer Fortschritten der revolutionären Bewegung berichten.

Attentatsverdreherei.

Durch Telegramm wurde aus Stargard die Meldung verbreitet, daß gegen General von Lettow-Vorbeck am Sonnabend ein Revolveranschlag abgefeuert worden sei; der General sei jedoch unverletzt geblieben und der Täter verhaftet. Der Täter wurde später wieder freigelassen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb bereits in ihrer gestrigen Abendausgabe unter der Überschrift: „Unabhängige“ Mordmörder in lodender Entrüstung:

„Offenbar handelt es sich also um einen regelrechten Revolveranschlag eines unabhängigen Mordmörders gegen einen Mann, der unsterblichen Ruhm für den deutschen Namen erkämpft hat.“

Daß sich die „Deutsche Tageszeitung“ diese Gelogenheit nicht entgehen lassen würde, um den Unabhängigen ein auszunutzen, ist zu verstehen. Aber sie ist sich nicht über die bereingefallen, wie nachfolgende Wolffsche Meldung beweist:

Stargard, 8. September.

Das angebliche Attentat auf General von Lettow-Vorbeck hat sich als Dummerjungenstreich herausgestellt. Der Täter, ein 18jähriger Bursche, hat mit einer sogenannten Schreckschusspistole, wie sie von Kindern zum Spielen benutzt wird, einen Schuß abgegeben, bevor General von Lettow-Vorbeck in den Wagen stieg; er hat es unanwunden gegeben.

Also ein Dummerjungenstreik! Schade, daß aus dem Attentat nichts wurde. Die arme „Deutsche Tageszeitung“ nun ist sie eines dankbaren Stoffes beraubt, der sicher lange und wochenlang in ihren Spalten gespart hätte.

Wir machen die „Deutsche Tageszeitung“ auch noch auf ein aufmerksam. Sie schreibt:

Morgen Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin und Spandau.

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß alles geschieht, am den Nordgejellen baldigt wieder dingfest zu machen.

Woher auf einmal der Schrei nach dem Mörder? Wo war der Ruf nach den Mördern Liebrechts und Rosa Luxemburgs? Wo bleibt der Schrei nach Aburteilung des zwelunddreißigfachen Mörders Karlob?

Wir warten auf Antwort.

Gjermins Memoiren über den Weltkrieg.

Die Wiener Mittagspost veröffentlicht einen Auszug aus den Memoiren des Grafen Gjernin, die unter dem Titel „Weltkrieg“ in den nächsten Tagen erscheinen werden. In den einleitenden Betrachtungen über die Spannung im Jahre 1914 kommt Gjernin zu dem Schluß, daß Frankreich und England den Krieg damals nicht wollten. Dann beleuchtet Gjernin die Rolle des deutschen Vorkämpfers in Wien und nennt ihn den deutschen Schwertkämmerer. Rumänien und Italien seien vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Als das größte Unglück bezeichnet Gjernin den deutschen Einmarsch in Belgien. In den folgenden Abschnitten gibt er eine scharfe Charakteristik Franz Ferdinands, der eine unzugewandte und verbitterte und von einer fanatischen Antipathie gegen Ungarn erfüllte Person gewesen sei. Seit seine Beziehungen zu Franz Josef kälter wurden, sah er sich mehr und mehr zu Wilhelm II. hingezogen, wenn er auch für einen engen politischen Anschluß an Deutschland nicht zu haben war. Er sah kein Kriegsziel an Deutschland nicht zu haben war. Er sah kein Kriegsziel an Deutschland nicht zu haben war. Er sah kein Kriegsziel an Deutschland nicht zu haben war.

ankündigt. Der Leidtragende ist, wie immer, der deutsche Steuerzahler, der wieder mit Millionen in Goldmark den verfallenen Ehrenstandpunkt kriegsverdorbener Offiziere zu bezahlen haben wird.

Minderjährige in der Reichswehr.

Genosse Simon (Franken) hat als Mitglied der Nationalversammlung an die Regierung folgende Anfrage gerichtet: „Es hat sich eine größere Anzahl Minderjähriger, darunter 17 bis 18jährige junge Leute, ohne Einwilligung ihrer Eltern zur Reichswehr gemeldet. Trotz Fehlens der elterlichen Einwilligung wurden diese jungen Leute in der Reichswehr aufgenommen. Wiederholte Eingaben der Eltern an die betreffenden Truppenkörper auf Entlassung ihrer Söhne werden entweder nicht beantwortet oder abschlägig beschieden. Ist die Reichsregierung bereit, die Truppenkörper anzuweisen, daß sie dem Verlangen der Eltern auf Entlassung ihrer minderjährigen Söhne entsprechen?“

Viele Genossen

vollzogen in den letzten Wochen ihren Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ Aber noch längst nicht alle! Darum, Genossen! Treib' aus Werk!

Einen stolzen Bau wollen wir uns mit der Ausgestaltung unseres Unternehmens schaffen, ein sichtbares Zeichen für die Tatkraft der Berliner Arbeiter

Zur Berliner Kohlennot.

Die maßgebenden Stellen der Eisenbahn waren sich im Frühjahr vollkommen darüber klar, daß die Kohlenversorgung Berlins nur sichergestellt werden konnte, wenn die Oderschiffahrt bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zum Transport herangezogen würde. Die zuständigen Eisenbahnverwaltungen sind dann auch rechtzeitig an den Reichskohlenkommissar herantreten mit dem Ersuchen, einer bevorzugten Wagenstellung für den Oderhafen Gosel zuzustimmen. Der Reichskohlenkommissar lehnte aber ab und beschwor so die Katastrophe herauf. Welche Kräfte hinter den Kulissen des Kohlenkommissars am Werke waren, zeigt folgende Stelle aus einem Schreiben des Kommissars an die Eisenbahndirektion Rattowitz, in der er die volle Ausnutzung der Oderschiffahrt ablehnte:

„Ich für die Ausnutzung der Oberwasserstraße jedoch festzusetzen durch eine vorzugsweise Wagenstellung, muß ich ablehnen, weil ich sonst die Erfüllung der den Gruben von mir erteilten Aufträge für britische und ihnen vielleicht nicht so zugehende Aufträge nicht erwarten kann. Ich bitte daher, den von einem Teil des ober-schlesischen Kohlenhandels gestellten Antrag abzulehnen.“

Die rechtzeitige und volle Ausnutzung der Oberwasserstraße verhindert zu haben, das ist also das Werk des Reichskohlenkommissars und der hinter ihm stehenden Interessengruppen. Der Kohlenkommissar gibt offen seine Ohnmacht den Kohlenmagnaten gegenüber zu, die einfach nicht mehr liefern würden, falls mehr Kohle auf dem Wasser befördert wird. Und in Anbetracht dieser Tatsache wagt es der Kohlenkommissar, der Presse mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl dem Volke gegenüber vorzumwerfen, weil sie sich erlaubt hat, an seinen Unterlassungen Kritik zu üben!

Die Beamtenvereidigung.

Berlin, 8. September. Von unabhängiger Seite wird durch M.T.B. folgendes zur Beamtenvereidigung berichtet: Der Beamtenauschuh der „Deutschnationalen Volkspartei“ hat es für angemessen gehalten, den Beschluß, in dem er die vorgeschriebene Vereidigungsformel als „widerständig und sprachwidrig“ bezeichnet, der Reichsregierung zu übermitteln. Er erwartet wohl selbst nicht, daß sich die Regierung auf eine philologische Diskussion über die Bedeutung des Wortes „Treue“ mit ihm einlassen werde. Der Sinn der Eidesformel ist klar für jeden, der sie versteht und ihr nicht innerlich widerstrebt. Demen, die es mit ihrer Heberge-pur nicht glauben verzeihen zu können, sich der Republik zu treuem Dienste zu verpflichten, hat die Reichsregierung durch das „Gesetz über die Pensionierung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens“ einen ehrenvollen Ausweg geöffnet. Beamte, die sich weigern sollten, den Eid in der vorgeschriebenen Form zu leisten, würden dadurch selbstverständlich ihr Verbleiben im Dienste der Deutschen Republik unmöglich machen.

Die monarchistische Verjüngung der Gymnasien.

Düsseldorf, 8. September. Wegen Entfernung der Kaiserbilder sind die oberen Klassen des hiesigen staatlichen Gymnasiums in den Streik getreten

Unruhen in Breslau!

Breslau, 8. September. (M.T.B.) Infolge von Lebensmittelkrawallen in den letzten Tagen sollte am heutigen Frühstück jede Zufuhr. Vormittags brachte die Menge, die Schuh- und Binnengeschäfte am Blücherplatz zu plündern. Polizei und Militär griff ein und gab Schreckschüsse ab. Auf dem Blücherplatz und auf dem Ring sank Maschinengewehre aufgefahren. Patrouillen zichen durch die Straßen. Viele Geschäfte, namentlich Lebensmittel-, Zigarren- und Schuhgeschäfte, sind geschlossen. Die Markthallen bleiben bis Mittwoch abend geschlossen. Bis zum späten Nachmittag lagen keine Meldungen über Verletzungen vor.

Drohender Ausstand der Pariser Gemeindearbeiter.

Paris, 8. September. Paris und Umgebung werden von einem Ausstand der Gemeindefabrikanten bedroht, der vielleicht schon morgen ausbrechen kann. Es handelt sich um Lohnforderungen. Die Gemeindefabrikanten verlangen einen Mindestlohn von 14 Frank 15 Centimes. Die Auswertung in den Pariser Kongressen und Werkstätten ist zum Teil beendet. Es scheint, daß der Streik heute oder morgen gütlich beigelegt werden wird.

Französisch-englische Einigung in der syrischen Frage.

Paris, 8. September. Aus Paris wird gemeldet: Der Konflikt zwischen England und Frankreich in der syrischen Frage scheint so ziemlich beigelegt zu sein. Jedenfalls hat die Frage nach dem Gedankenaustrausch zwischen dem britischen General Allenby und dem französischen Vertreter Lorrain eine wesentliche Entspannung erfahren. General Allenby erklärte sich bereit, alles zu vermeiden, was den Respekt der eingeborenen arabischen Bevölkerung für Frankreich vermindern könnte. General Allenby wird jetzt in Paris erwartet, um an den Besprechungen zwischen der französischen Regierung und Lord George über diese Angelegenheit teilzunehmen.

Drohender Streik der amerikanischen Stahlarbeiter.

Washington, 8. September. Aus Washington wird gemeldet: Im Zusammenhang mit dem drohenden Streik von 21 Fachverbänden der Arbeiter in der Eisenindustrie, die mit der United Steel Corporation zusammenhängen, hat der Arbeiterführer Comper Wilson gebeten, baldmöglichst eine Konferenz der Direktoren der Steel Corporation mit den Arbeitern zusammenzubringen. Er fügte hinzu, daß es schwierig sein wird, die Entlassung der Arbeiter zu beruhigen, die über die Zustände in mehreren Zentren der Stahlherzeugung sehr empört sind. Sie sind insbesondere darüber entsetzt, daß auf die Arbeiter ein Druck ausgeübt wird, um sie davon abzuhalten, sich dem Stahlarbeiterverband anzuschließen. Wilson hat diese Artzung damit beantwortet, daß er für morgen Dienstag eine Konferenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einberufen hat.

Sozialistkongress in Amerika.

Washington, 8. September. Der nationale sozialistische Kongress wird sich in Washington abspielen, der die nationalen Sozialistenkongress einberufen hat.

Einberufung eines antisozialistischen Arbeiterkongresses in Skandinavien.

Das im Juni vom Kongress der skandinavischen Antisozialisten gebildete Komitee erließ am 28. August im „Politiken“ eine von antisozialistischen Parteien Skandinaviens unterzeichnete Einladung zu einem skandinavischen Arbeiterkongress, zu dem außer diesen Parteien alle Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen Skandinaviens mit sozialistischen oder revolutionären Zielen Vertreter senden sollen. Der Kongress, der voraussichtlich Mitte November in Stockholm stattfinden wird, soll eine bessere Zusammenarbeit der revolutionären Parteien und Gewerkschaften vorbereiten. Zur Behandlung sind folgende Hauptthemen vorgeschlagen: 1. Die skandinavischen Arbeiterorganisationen und die Weltrevolution. 2. Die Aufgaben der Gewerkschaften, ihre Methoden und Ziele. 3. Die Arbeiterbewegung und die Sozialisierung. 4. Die inter-skandinavische Zusammenarbeit, die Frage der Errichtung eines inter-skandinavischen Sekretariates.

Scapa-Flow der Luftflotte.

Folgende halbamtliche Berührungsbildung macht die Kunde rund die Presse: Zu der Nachricht, daß von den sechs in England befindlichen deutschen Luftschiffen zwei durch die britischen Besatzungen zerstört worden seien, erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß von den dort befindlichen Luftschiffen einige schon im letzten Stadium des Kriegszustandes als unbrauchbar abmontiert worden sind. Insofern aber trifft die Meldung zu, als am Tage von Scapa Flow sieben deutsche Luftschiffe von den britischen Mannschaften zerstört worden sind.

Diese Meldung ist Unfug oder absichtlich irreführend. Wären die Luftschiffe am Tage von Scapa-Flow in England vernichtet worden, so hätte die englische Presse es doch erfahren und sofort bekanntgegeben. Nein, nicht in England, sondern in Deutschland sind die Zeppelin-Bestände vernichtet worden und zwar aus denselben Hindernissen Bewegungen heraus, die schrittweise, gewordene Offiziere betrafen, die Schlachtflotte in Scapa-Flow zu versenken.

Bericht in der Bremer Arbeiter-Zeitung vom 28. Juni über die von keiner Seite dementierte Nachricht: Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, wurden in der Nacht vom 23. zum 24. Juni in den Nordholzer Zeppelinhallen die Luftschiffe Nr. 2, 14, 21, 42, 2, 28, 2, 65, die laut Abensvertrag ausgeliefert werden sollten, von Offizieren und Soldaten aus den gleichen Reihen vernichtet, wie die Schlachtflotte in Scapa Flow. Den Waffenstillstandsbedingungen entsprechend, waren die Motoren und Gondeln entfernt worden, so daß die Luftschiffe auf Gerüsten stehen und an Tröffen hängen konnten. In der Nacht vom 23. zum 24. wurden nun die Gerüste entfernt und die Trösse durchgeschnitten, demzufolge die Luftschiffe herunterfielen und zerstört wurden. Eine Kommission aus Berlin hat gestern den Schaden beichtigt.

Kuch vom Flugplatz Althorn (ebenfalls ostpreussische Küste, wo Bombenverrichtungen nach England unternommen wurden) kam die Meldung, daß alle dort stationierten Luftschiffe vernichtet worden seien! Auch dieser Meldung, die in der Bremer Arbeiter-Zeitung vom 28. Juni widerlegt wurde.

Es ist begreiflich, daß nur England, dem diese Luftschiffe als Friedensvertrag ausgeliefert waren, am Tage der ausstehenden Mitteilung den Schwinkel merkte und Repressalien

Neut
DIE MÜNCHENER TRAGÖDIE
Neut
Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räte-Republik München
Mit Bildern des Landgerichtsdirektors Stadelmayr und des Staatsanwalts Hahn
Preis 1,25 M.
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

